



## Pressemitteilung von 24 hessischen Stadt- und Kreiselternteilnehmerbeiräten

### Hessische Elternvertreter fordern Verlängerung der Duldung kommerzieller Videokonferenzsysteme an Schulen

Hessen, 07. Juni 2021. In einem Offenen Brief haben sich heute 24 hessische Stadt- und Kreiselternteilnehmerbeiräte an Kultusminister Lorz und den hessischen Datenschutzbeauftragten Alexander Roßnagel gewandt. Sie fordern darin eine Verlängerung der Duldung kommerzieller Videokonferenzsysteme wie MS Teams, bis den Schulen ein einheitliches, ausreichend getestetes und stabiles System vom Land Hessen bereitgestellt wird. Der hessische Beauftragte für den Datenschutz, Prof. Dr. Alexander Roßnagel, hatte erst kürzlich erneut bestätigt, dass die aktuelle Duldung US-amerikanischer Videosysteme aufgrund datenschutzrechtlicher Bedenken zum Schuljahresende final auslaufen werde. In ihrem Schreiben fordern die hessischen Elternvertreter den Kultusminister dazu auf, die Bereitstellung eines landesweiten Videokonferenzsystems zur höchsten Priorität zu machen. „Schon für den Herbst 2020 wurde vom hessischen Kultusminister ein einheitliches System für alle hessischen Schulen zugesagt. Tatsächlich ist aber erst im April 2021 die europaweite Ausschreibung erfolgt“, so eine Sprecherin der Initiative der Stadt- und Kreiselternteilnehmerbeiräte. Insofern sei absehbar, dass zum Beginn des neuen Schuljahres kein ausreichend getestetes Videokonferenzsystem bereitstehen könne. Da aber zu erwarten sei, dass es auch im kommenden Schuljahr zu teilweisen Schulschließungen kommen könne und manche Schüler\*innen aus Risikogruppen ohnehin auch im neuen Schuljahr noch im Distanzunterricht verblieben, müsse die Duldung der bislang genutzten kommerziellen Systeme unbedingt verlängert werden, damit nicht alle Errungenschaften der vergangenen Monate verloren gingen. Die Digitalisierung der Schulen müsse zudem dringend weiter ausgebaut werden, damit das ein fester Bestandteil der Wissensvermittlung werde. „Unsere Kinder haben ein Recht auf Bildung – auch im digitalen Raum“, so die Elternvertreter in ihrem Brief. Dazu brauche es auch endlich einheitliche qualitative und quantitative Standards für den digitalen Unterricht. Die hessischen Elternvertreter hoffen nun darauf, dass sich Kultusministerium und Datenschutzbeauftragter zeitnah gemeinsam auf eine pragmatische Lösung im Sinne der hessischen Schüler\*innen einigen werden.

Pressekontakt: *Stadtelternteilnehmerbeirat Frankfurt*  
*Rafaela Hartenstein | rafaela.hartenstein@steb-ffm.de | mobil 0171 - 8867868*